



ÖFFENTLICHER VORSCHLAG ZUR TAGESORDNUNG

Absender:

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Hagen

Betreff:

Stadtsauberkeit

hier: Verteilung Anzeigenblätter über Zwischenlagerungen in Bushaltestellen bzw. auf Bürgersteigflächen.

Beratungsfolge:

19.06.2018 Ausschuss für Umwelt, Stadtsauberkeit, Sicherheit und Mobilität

Beschlussvorschlag:

Der Umweltausschuss bittet die Verwaltung, das Zwischenlagern von Anzeigenblättern auf öffentlichen Flächen, insbesondere Bushaltestellen, kritisch zu hinterfragen. Mit den Verlagen müssen endlich verbindliche Absprachen über das Sauberhalten der Flächen getroffen werden. Dazu gehört auch, dass die Müllbehälter an den Bushaltestellen nicht mit Verpackungsmaterial zugestopft werden. Können diese verbindlichen Absprachen – die bei Nichteinhaltung mit Bußgeldern zu ahnden sind – nicht getroffen werden, so sollte das Zwischenlagern von Anzeigenblättern auf öffentlichen Flächen gänzlich untersagt werden.

Kurzfassung

Entfällt

Begründung

Siehe Anlage.



Inklusion von Menschen mit Behinderung

Belange von Menschen mit Behinderung

(Bitte ankreuzen und Teile, die nicht benötigt werden löschen.)

☒ sind nicht betroffen



SPD – Fraktion im Rat der Stadt Hagen

Rathausstraße 11
Postfach 42 49

58095 Hagen
58042 Hagen

Tel: 02331 207 - 3505
Fax: 02331 207 - 2495

spd-fraktion-hagen@online.de | www.spd-fraktion-hagen.de

An den
Vorsitzenden des
Umweltausschusses
Herrn Georg Panzer
im Hause

Hagen, 4. Juni 2018

Stadtsauberkeit
hier: Verteilung Anzeigenblätter über Zwischenlagerungen in
Bushaltestellen bzw. auf Bürgersteigflächen.

Sehr geehrter Herr. Panzer,

wir bitten um Aufnahme des og. Antrages für die nächste Sitzung des
Umweltausschusses, gem. §6 Abs.1 GeschO, am 19. Juni 2018

Beschlussvorschlag:

Der Umweltausschuss bittet die Verwaltung, das Zwischenlagern von Anzeigenblättern auf öffentlichen Flächen, insbesondere Bushaltestellen, kritisch zu hinterfragen. Mit den Verlagen müssen endlich verbindliche Absprachen über das Sauberhalten der Flächen getroffen werden. Dazu gehört auch, dass die Müllbehälter an den Bushaltestellen nicht mit Verpackungsmaterial zugestopft werden. Können diese verbindlichen Absprachen – die bei Nichteinhaltung mit Bußgeldern zu ahnden sind – nicht getroffen werden, so sollte das Zwischenlagern von Anzeigenblättern auf öffentlichen Flächen gänzlich untersagt werden.

Begründung:

Die Angelegenheit wurde von Seiten der SPD-Fraktion im Ausschuss in der Vergangenheit bereits angesprochen. Inzwischen mehren sich die Vorfälle, sodass eine Lösung dringend herbeigeführt werden muss.

Die Zwischenlagerung der Anzeigenblätter im öffentlichen Raum, vornehmlich in Bushaltestellen und auf Bürgersteigflächen, führt zur Zunahme von Verschmutzungen und Entsorgungskosten, die die Gebührenzahler tragen.

Hier einige wenige Beispiele der derzeitigen Praxis



Mit freundlichen Grüßen

Werner König

Werner König
SPD-Ratsfraktion